

Deutschland-Zweibrücken: Dienstleistungen von Architektur-, Konstruktions- und Ingenieurbüros und Prüfstellen
OJ S 101/2023 26/05/2023
Bekanntmachung vergebener Aufträge
Dienstleistungen

Rechtsgrundlage:

Richtlinie 2014/24/EU

Abschnitt I: Öffentlicher Auftraggeber

I.1. Name und Adressen

Offizielle Bezeichnung: Verbandsgemeinde Zweibrücken-Land

Postanschrift: Landauer Str. 18-20

Ort: Zweibrücken

NUTS-Code: DEB3A Zweibrücken, Kreisfreie Stadt

Postleitzahl: 66482

Land: Deutschland

Kontaktstelle(n): Verbandsgemeindeverwaltung Zweibrücken-Land, Abt. III Bauabteilung

E-Mail: w.lauer@vgzwland.de

Telefon: +49 6332/8062-308

Fax: +49 6332/8062-999

Internet-Adresse(n):

Hauptadresse: <http://www.vgzwland.de>

I.4. Art des öffentlichen Auftraggebers

Regional- oder Kommunalbehörde

I.5. Haupttätigkeit(en)

Allgemeine öffentliche Verwaltung

Abschnitt II: Gegenstand

II.1. Umfang der Beschaffung

II.1.1. Bezeichnung des Auftrags

Integrierte Planung Objektplanung Gebäude und Fachplanung Tragwerk zur Modernisierung und Erweiterung der Grundschule Contwig mit Instandsetzung der zugehörigen Sporthalle im Ortsteil Stambach

II.1.2. CPV-Code Hauptteil

71000000 Dienstleistungen von Architektur-, Konstruktions- und Ingenieurbüros und Prüfstellen

II.1.3. Art des Auftrags

Dienstleistungen

II.1.4. Kurze Beschreibung

Ausgeschrieben werden die Leistungen Objektplanung Gebäude und Innenräume §§ 33, 34 HOAI 2021 i. V. m. Anlage 10.1 zusammen mit der Fachplanung Tragwerksplanung §§ 49, 51 HOAI 2021 i. V. m. Anlage 14.1, Leistungsphasen 1-9 (Grundleistungen) sowie einzelne

Besondere Leistungen. Die Objektplanung muss in vielen Bereichen auf die statischen Gegebenheiten des Bestandsbaus reagieren, z. B. Gründungen im Bereich von Bestandsfundamenten, Abbruch von Bestandsbauteilen und Durchbrüche in Bestandswänden und -decken. Der Auftraggeber hat in Voruntersuchungen eine Erweiterungskonzeption mit Kostenermittlung untersuchen lassen. Die Baumaßnahme wird bei laufendem Schulbetrieb mit Unterstützung von Ausweichcontainern durchgeführt werden müssen.

Im Rahmen des Verhandlungsverfahrens werden die nach dem Teilnahmewettbewerb ausgewählten Bieter zur Angebotsabgabe und zu einer Präsentation gegenüber dem Auftraggeber aufgefordert. Weitere Informationen zum geplanten Projekt nebst den bereits vorliegenden Voruntersuchungen sind den unter dem in Abschnitt I.3) angeführten Link abrufbaren Vergabeunterlagen zu entnehmen.

II.1.6. Angaben zu den Losen

Aufteilung des Auftrags in Lose: nein

II.1.7. Gesamtwert der Beschaffung

Wert ohne MwSt.: 1 208 105,00 EUR

II.2. Beschreibung

II.2.2. Weitere(r) CPV-Code(s)

71200000 Dienstleistungen von Architekturbüros, 71240000 Dienstleistungen von Architektur- und Ingenieurbüros sowie planungsbezogene Leistungen, 71320000 Planungsleistungen im Bauwesen, 71327000 Dienstleistungen in der Tragwerksplanung

II.2.3. Erfüllungsort

NUTS-Code: DEB3K Südwestpfalz

Hauptort der Ausführung: Felsackerstraße 9, 66497 Contwig (Ortsteil Stambach)

II.2.4. Beschreibung der Beschaffung

Die Grundschule Contwig ist seit vielen Jahren auf zwei Standorte, Contwig und Stambach, aufgeteilt. Die damit verbundenen organisatorischen und pädagogischen Nachteile sollen nun durch die geplante Zusammenführung behoben werden. Dass dafür der Standort Stambach geeignet ist, wurde aufgrund einer durchgeführten Wirtschaftlichkeitsuntersuchung festgestellt. Die Bestandsgebäude am Standort Stambach müssen modernisiert und erweitert werden. Damit gehen teilweise auch Umbaumaßnahmen einher. Für die Bestandsgebäude wurden weitergehende Voruntersuchungen (Zustandsberichte) beauftragt; ebenso für die Erweiterungsmöglichkeiten (Vorentwurfpläne). Die Ergebnisse der Vorbeauftragungen sind unter dem in Abschnitt I.3) angeführten Link abrufbar.

Eine Erweiterung am Standort Stambach soll – zusammen mit dem Bestandsgebäude - zur Umsetzung eines 3-zügigen Raumprogrammes mit nach derzeitigem Erkenntnisstand insgesamt rd. 1.291 m² Nutzungsfläche führen. Das Raumprogramm besteht aus Unterrichts-, Verwaltungs- und Ganztagesräumen mit Küche und Speiseraum sowie Differenzierungsräumen. Die Grundschule ist Ganztags- und Schwerpunktschule (insbesondere für Kinder mit Hörbeeinträchtigungen) geführt.

Das 1963 erbaute Schulgebäude wurde 2008 um eine Sporthalle erweitert. Unabhängig von der notwendigen Erweiterung um mind. 5 Unterrichtsräume plus zugehörige Nebenräume, sind beim Schulgebäude im Wesentlichen die folgenden Maßnahmen umzusetzen:

Energetische Modernisierung der Gebäudehülle, Herstellung der Barrierefreiheit, Instandhaltung bzw. -setzung von Unterrichts- und Verwaltungsräumen, Überprüfung und ggfs. Ertüchtigung des baulichen und vorbeugenden Brandschutzes gemäß Landesbauordnung Rheinland-Pfalz und der Unfallverhütungsvorschriften. Bei der Einfeld-

Sporthalle sind insbesondere Instandhaltungsmaßnahmen und ggfs. Sicherungsmaßnahmen im Anschlussbereich an das Schulgebäude durchzuführen. Die Baumaßnahme wird bei laufendem Schulbetrieb durchgeführt werden müssen, wobei vom Auftraggeber Container als Ausweichquartier für einen Teil des Unterrichts zur Verfügung gestellt werden.

Die Objektplanung muss auf die statischen Gegebenheiten des Bestandsbaus reagieren; Objektplanung und Tragwerksplanung sind integrativ aufeinander so abzustellen, so dass eine ganzheitliche (funktional, technisch und wirtschaftlich) Lösung realisiert werden kann.

Es sind auch Modernisierungen im Bereich der Haustechnik erforderlich, die in einer separaten Ausschreibung erfasst werden.

Die Beauftragung und Leistungserbringung erfolgen stufenweise. Mit der Zuschlagserteilung wird zunächst die Bearbeitungsstufe I (= Auftragsstufe 1) bestehend aus der Leistungsphase 1 (Grundlagenermittlung) bis zur Leistungsphase 4 (Genehmigungsplanung) beauftragt. Der Auftraggeber behält sich vor, auf Grundlage des abzuschließenden Planervertrages nach Abschluss der Bearbeitungsstufe I auch die Bearbeitungsstufe II (= Auftragsstufe 2) bestehend aus Ausführungsplanung bis zur Objektbetreuung (Leistungsphasen 5 bis 9) ganz oder teilweise weiter zu beauftragen. Ein Anspruch auf ganz oder teilweise Weiterbeauftragung der Bearbeitungsstufe II besteht nicht.

Zu den Planungsleistungen und Auftragsstufen gehören insbesondere:

1. Objektplanung Gebäude und Innenräume gemäß § 34 HOAI:

1.1 Grundleistungen

Auftragsstufe 1: Leistungsphasen (LPH) 1 bis 4

Auftragsstufe 2: LPH 5 bis 9.

1.2 Einzelne Besondere Leistungen.

2. Fachplanung Tragwerksplanung gemäß § 51 HOAI:

2.1 Grundleistungen

Auftragsstufe 1: Leistungsphasen (LPH) 1 bis 4

Auftragsstufe 2: LPH 5 und 6.

2.2 Besondere Leistungen

Auftragsstufe 1: Einzelne Besondere Leistungen

Auftragsstufe 2: Besondere Leistungen LPH 7 bis 9.

Wegen der Details zu den einzelnen Planungsleistungen wird auf die unter dem in Abschnitt I.

3. angeführten Link abrufbaren Vergabeunterlagen, insbesondere die Datei „Leistungskatalog“ verwiesen.

Bei der Leistungserbringung nach Zuschlagserteilung sind die vom Auftraggeber bereits ermittelten wesentlichen Projektziele („Vertragsziele“) als Beschaffenvorgaben zu beachten. Wegen der wesentlichen Vertragsziele wird auf die unter dem in Abschnitt I.3) angeführten Link abrufbaren Vergabeunterlagen, insbesondere die Datei „Planervertrag“ verwiesen.

II.2.5. Zuschlagskriterien

Qualitätskriterium - Name: Projektorganisation / Gewichtung: 25 Prozent

Qualitätskriterium - Name: Herangehensweise / Gewichtung: 25 Prozent

Qualitätskriterium - Name: Kosten- und Terminkontrolle / Gewichtung: 20 Prozent

Preis - Gewichtung: 30 Prozent

II.2.11. Angaben zu Optionen

Optionen: nein

II.2.13. Angaben zu Mitteln der Europäischen Union

Der Auftrag steht in Verbindung mit einem Vorhaben und/oder Programm, das aus Mitteln der EU finanziert wird: nein

II.2.14. Zusätzliche Angaben

Abschnitt IV: Verfahren

IV.1. Beschreibung

IV.1.1. Verfahrensart

Verhandlungsverfahren

IV.1.3. Angaben zur Rahmenvereinbarung oder zum dynamischen Beschaffungssystem

IV.1.8. Angaben zum Beschaffungsübereinkommen (GPA)

Der Auftrag fällt unter das Beschaffungsübereinkommen: ja

IV.2. Verwaltungsangaben

IV.2.1. Frühere Bekanntmachung zu diesem Verfahren

Bekanntmachungsnummer im ABl.: [2022/S 238-685505](#)

IV.2.8. Angaben zur Beendigung des dynamischen Beschaffungssystems

IV.2.9. Angaben zur Beendigung des Aufrufs zum Wettbewerb in Form einer Vorinformation

Abschnitt V: Auftragsvergabe

Auftrags-Nr.: E91342819

Bezeichnung des Auftrags:

Integrierte Planung Objektplanung Gebäude und Fachplanung Tragwerk zur Modernisierung und Erweiterung der Grundschule Contwig mit Instandsetzung der zugehörigen Sporthalle im Ortsteil Stambach

Ein Auftrag/Los wurde vergeben: ja

V.2. Auftragsvergabe

V.2.1. Tag des Vertragsabschlusses

02/05/2023

V.2.2. Angaben zu den Angeboten

Anzahl der eingegangenen Angebote: 2

Anzahl der eingegangenen Angebote von KMU: 2

Anzahl der eingegangenen Angebote von Bietern aus anderen EU-Mitgliedstaaten: 0

Anzahl der eingegangenen Angebote von Bietern aus Nicht-EU-Mitgliedstaaten: 0

Anzahl der elektronisch eingegangenen Angebote: 2

Der Auftrag wurde an einen Zusammenschluss aus Wirtschaftsteilnehmern vergeben: nein

V.2.3. Name und Anschrift des Wirtschaftsteilnehmers, zu dessen Gunsten der Zuschlag erteilt wurde

Offizielle Bezeichnung: Bieter-/Arbeitsgemeinschaft Grub Architekten und Ingenieure GmbH / CP Beratende Ingenieure GmbH & Co. KG, vertreten durch die Grub Architekten und Ingenieure GmbH,

Postanschrift: Gutenbergstraße 16

Ort: Zweibrücken

NUTS-Code: DEB3A Zweibrücken, Kreisfreie Stadt
Postleitzahl: 66482
Land: Deutschland
E-Mail: martin.grub@grub-architekten.de
Telefon: +49 6332/91014-0
Fax: +49 6332/91014-20
Internet-Adresse: www.grub-architekten.de
Der Auftragnehmer ist ein KMU: ja

V.2.4. Angaben zum Wert des Auftrags/Loses

Ursprünglich veranschlagter Gesamtwert des Auftrags/des Loses: 827 587,00 EUR
Gesamtwert des Auftrags/Loses: 509 534,87 EUR

V.2.5. Angaben zur Vergabe von Unteraufträgen

Abschnitt VI: Weitere Angaben

VI.3. Zusätzliche Angaben

Unter der in Abschnitt I.3) angegebenen Internetadresse sind nicht nur die Vergabeunterlagen abrufbar, sondern es werden auch Antworten auf Fragen von Interessenten sowie gegebenenfalls aktualisierte oder weitere Informationen und Unterlagen zu dem Verfahren zur Verfügung gestellt. Interessenten an dem Verfahren müssen daher eigenverantwortlich sicherstellen, dass sie regelmäßig und insbesondere rechtzeitig vor Abgabe des Teilnahmeantrags und Ablauf der Abgabefrist für den Teilnahmeantrag prüfen, ob auf der Vergabepattform Antworten zu Interessentenfragen und/oder zusätzliche Informationen und Unterlagen zur Verfügung gestellt wurden, welche für den Teilnahmeantrag zu beachten sind. Es ist ausschließlich die elektronische Abgabe des Teilnahmeantrages mindestens in Textform (§ 126 b BGB) über die unter Abschnitt I.3) genannte Vergabepattform zugelassen. Andere Abgaben des Teilnahmeantrages oder andere Übermittlungsarten der Teilnahmeanträge wie etwa per Post, per Telefax oder per Mail sind ausgeschlossen. In diesem Fall müsste der Teilnahmeantrag schon mangels Formwahrung gemäß § 57 Abs. 1 Nr. 1 VgV zwingend ausgeschlossen werden, ohne dass eine Nachforderungsmöglichkeit besteht.

Bei der Abgabe des Teilnahmeantrags über die Vergabepattform gemäß Abschnitt I.3) ist zu berücksichtigen, dass aufgrund einer gegebenenfalls großen Datenmenge eine vollständige Übertragung des Teilnahmeantrages längere Zeit in Anspruch nehmen kann. Es ist daher ausreichend Zeit für das vollständige Hochladen des Teilnahmeantrags nebst Anlagen auf der Vergabepattform einzukalkulieren. Weitere Informationen zur technischen Handhabung und Anleitungen zur Nutzung der Vergabepattform sind unter <https://subreport.de/evergabe/subreport-elvis> zu finden. Es wird deshalb empfohlen, rechtzeitig vor Ablauf der Angebotsabgabefrist die Übermittlung des Angebots zu testen. Bei technischen Problemen und Fragen in diesem Zusammenhang sind auf der Vergabepattform weitergehende Informationen und Kontaktmöglichkeiten zum Support benannt. Die vorstehenden Ausführungen geltend gleichermaßen für die spätere Angebotsabgabe der Bieter, die zur Angebotsabgabe aufgefordert werden.

VI.4. Rechtsbehelfsverfahren/Nachprüfungsverfahren

VI.4.1. Zuständige Stelle für Rechtsbehelfs-/Nachprüfungsverfahren

Offizielle Bezeichnung: Vergabekammer Rheinland-Pfalz, Ministerium für Wirtschaft, Verkehr, Landwirtschaft und Weinbau

Postanschrift: Stiftsstraße 9
Ort: Mainz
Postleitzahl: 55116
Land: Deutschland
E-Mail: vergabekammer.rlp@mwwlw.rlp.de
Telefon: +49 6131-162234
Fax: +49 6131-162113

VI.4.3. Einlegung von Rechtsbehelfen

Genauere Angaben zu den Fristen für die Einlegung von Rechtsbehelfen:

Entsprechend der Regelung in § 160 GWB. Zitat:

„(1) Die Vergabekammer leitet ein Nachprüfungsverfahren nur auf Antrag ein (§ 160 GWB).

(2) Antragsbefugt ist jedes Unternehmen, das ein Interesse am öffentlichen Auftrag oder der Konzession hat und eine Verletzung in seinen Rechten nach § 97 Absatz 6 GWB durch Nichtbeachtung von Vergabevorschriften geltend macht. Dabei ist darzulegen, dass dem Unternehmen durch die behauptete Verletzung der Vergabevorschriften ein Schaden entstanden ist oder zu entstehen droht.

(3) Der Antrag ist unzulässig, soweit:

1. der Antragsteller den geltend gemachten Verstoß gegen Vergabevorschriften vor Einreichung des Nachprüfungsantrags erkannt und gegenüber dem Auftraggeber nicht innerhalb einer Frist von zehn Kalendertagen gerügt hat; der Ablauf der Frist nach § 134 Absatz 2 bleibt unberührt,
2. Verstöße gegen Vergabevorschriften, die aufgrund der Bekanntmachung erkennbar sind, nicht spätestens bis zum Ablauf der in der Bekanntmachung benannten Frist zur Bewerbung oder zur Angebotsabgabe gegenüber dem Auftraggeber gerügt werden,
3. Verstöße gegen Vergabevorschriften, die erst in den Vergabeunterlagen erkennbar sind, nicht spätestens bis zum Ablauf der Frist zur Bewerbung oder zur Angebotsabgabe gegenüber dem Auftraggeber gerügt werden,
4. mehr als 15 Kalendertage nach Eingang der Mitteilung des Auftraggebers, einer Rüge nicht abhelfen zu wollen, vergangen sind.

Satz 1 gilt nicht bei einem Antrag auf Feststellung der Unwirksamkeit des Vertrages nach § 135 Absatz 1 Nr. 2 GWB. § 134 Absatz 1 Satz 2 GWB bleibt unberührt.“

VI.4.4. Stelle, die Auskünfte über die Einlegung von Rechtsbehelfen erteilt

Offizielle Bezeichnung: Vergabekammer Rheinland-Pfalz, Ministerium für Wirtschaft, Verkehr, Landwirtschaft und Weinbau

Postanschrift: Stiftsstraße 9
Ort: Mainz
Postleitzahl: 55116
Land: Deutschland
E-Mail: vergabekammer.rlp@mwwlw.rlp.de
Telefon: +49 6131-162234
Fax: +49 6131-162113

VI.5. Tag der Absendung dieser Bekanntmachung

24/05/2023